

3. „Radioaktive Stoffe bei Baumaßnahmen“, Schriftenreihe des sächsischen LfULG Heft 13/2013
4. Drucksache 5/7686: Antwort

des Ministers für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz vom 16.04.2014 auf die Kleine Anfrage 3287

5. „Vor 50 Jahren stellte die SDAG Wismut die Aktivitäten im Vogtland ein“ von Dr. Rudolf Daenecke, DIALOG 81 – April

2014, Mitarbeiterzeitschrift der Wismut GmbH ●

Atommüll-Lagerung

Intransparente Endlagersuche

Am 22. Mai 2014 tagte erstmals die Kommission, die dem Standortsuchgesetz (StandAG) zufolge bis 2016 ein Konzept für die Suche nach einem Endlager für hochradioaktiven Atommüll erarbeiten soll. Über die unbrauchbare Zusammensetzung der mit Politikern, sogenannten Wissenschaftlern und Vertretern der „Zivilgesellschaft“ besetzten Kommission hatte Strahlentelex bereits ausführlich in seiner vorigen Ausgabe berichtet.¹

Zunächst hatten sich wie berichtet die Anti-Atom- und Bürgerinitiativen sowie die Umweltverbände gemeinsam gegen eine Teilnahme an der Kommission ausgesprochen, weil der Salzstock in Gorleben im Landkreis Lüchow-Dannenberg bei der Suche weiterhin im Rennen bleiben soll. Dann scherten der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) und die Deutsche Umweltstiftung aus der gemeinsamen Haltung aus. Im April benannte der BUND seinen stellvertretenden Bundesvorsitzenden, den Landschaftspfleger Klaus Brunsmeier. Die Deutsche Umweltstiftung zog nach und sitzt nun mit ihrem Vorsitzenden, dem Kinderbuchautor Jörg Sommer, ebenfalls in der Kommission.

Deshalb kam es am 22. Mai zu Protesten am Erkundungsbergwerk in Gorleben und mit einer Ankettaktion vor dem Tagungsgebäude in Berlin. Die Atomkraftgegner im Wendland und andere Initiativen protestierten gegen die

Einsetzung der Kommission. Sie sind auch ungehalten, weil der BUND und die Deutsche Umweltstiftung jetzt an der Kommission teilnehmen. Die Umweltverbände hätten mit der Entscheidung, in der Kommission zu arbeiten, die gemeinsame Position geschwächt, hieß es. Es sei bitter, ergänzt Jochen Stay von der Initiative „ausgestrahlt“. Gegenüber dem Sender NDR 1 Niedersachsen sprach er von „parteipolitischen Interessen“ innerhalb des BUND.

Aus Sicht der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) begann der angebliche Neustart der Endlagersuche am 22. Mai mit einer Fülle von Ungereimtheiten. Bei der angekündigten Transparenz hat die Endlagerkommission gepatzt: Es standen für die Öffentlichkeit lediglich 20 Plätze zur Verfügung. Erst wurde mehreren Bürgerinnen und Bürgern die Teilnahme unter Verweis auf die Begrenztheit der Plätze verweigert, dann war es nicht möglich, frei werdende Plätze spontan einzunehmen, weil der Zugang zum Bundestagsgebäude verweigert wurde, berichtete die Grünen-Landtagsabgeordnete Miriam Staudte. „Und prompt folgte der Vorschlag, Arbeitsgruppen der Kommission sollten nichtöffentlich tagen“, kritisiert Wolfgang Ehmke, Sprecher der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg.

Zwar sieht das Standortsuchgesetz eigentlich vor, daß die Kommission „in der Regel“ öffentlich tagen soll, doch schon bangten erste „Wissenschaftler“, zu viel Transparenz könne eine offene Debatte erschweren. „Wenn man alles transparent macht, traut sich keiner mehr, etwas auszuprobieren“, meinte der Institutsleiter am KIT Armin Grun-

wald. Das KIT hatte als „Kernforschungszentrum Karlsruhe“ jahrzehntelang Atomgefahren kleingeredet, Atommüll produziert, bedenkenlos im Meer verklappt und betreibt heute noch sogenannte Transmutationsforschung.

„Wenn diese Kommission am Ende mit knappsten denkbaren Mehrheiten zu Empfehlungen kommt“, warnte Bundestagspräsident Norbert Lammer (CDU) zu Beginn der ersten Sitzung, „befindet sich der Gesetzgeber nahezu in der gleichen Position, als hätte es diese Kommission nicht gegeben.“ Dann bleibe der Streit.

Nachdem sich die Kommissionsmitglieder auf ihrer ersten Sitzung mühsam auf einen nächsten Termin am Montag Ende Juni einigen konnten, sollen nun erst einmal eine Geschäftsordnung und ein Arbeitsplan diskutiert werden. Ursula Heinen-Esser, ehemals Staatssekretärin im Umweltministerium unter Norbert Röttgen und Peter Altmaier, die den Vorsitz der ersten Kommissionssitzung innehatte, warnte bereits: „Wir werden erleben, daß wir bei der nächsten Sitzung an der einen oder anderen Stelle strittig abstimmen.“ ●

Strahlenschutz

Strahlenschutz auf amerikanisch

Prävention ist der einzige wirkliche Strahlenschutz

Unter dem Titel „Prävention ist der einzige wirkliche Strahlenschutz“ berichtet Mary Olson von der US-amerikanischen Bürgerorganisation Nuclear Information and Resource Service über Bestre-

bungen der amerikanischen Umweltschutzbehörde (Environmental Protection Agency; EPA), ihre Strahlenschutzrichtlinien von 1977 zu revidieren. Das Ziel der Richtlinien von 1977 sei eigentlich gewesen, die Öffentlichkeit vor der Strahlung zu schützen, die von der Atomindustrie freigesetzt wird. Bei genauerer Betrachtung aller institutioneller Regulierungen auf diesem Gebiet, so Olson, finde man jedoch anstatt einer Beschränkung der Strahlenexposition eher die Genehmigung, Menschen und Biosphäre mit Strahlung zu belasten und damit die Haftung der eigentlich für Schäden verantwortlichen Elektrizitätsgesellschaften zu beschränken.

Olson zufolge haben alle bisherigen „updates“ der Strahlenschutzrichtlinien der EPA (Environmental Radiation Protection Standards for Nuclear Power Operations – 40CFR 190) dazu geführt, daß mehr Radioaktivität in Luft, Wasser und die gesamte Umwelt abgegeben werden durften. Nun hat die EPA eine Vorankündigung der Neufassung der Regulierungen ins Internet gestellt und um Kommentierung bis zum 4. Juni 2014 gebeten. Dabei stehen sechs Fragen zur Kommentierung an:

- Sollte die EPA die Grenzwerte im Rahmen dieser Strahlenschutzrichtlinien als Strahlenrisiko (X Krebserkrankungen pro 1.000 strahlenexponierte Personen) oder als Strahlendosis (X Millirem oder Millisievert) ausdrücken?
- Sollte die EPA die Methodik der Dosimetrie in den Richtlinien auf einen neueren Stand bringen, und wenn ja, wie?
- Sollte die EPA in der revidierten Regulierung Grenzwerte für die Freisetzung von Radionukliden beibehalten,

¹www.strahlentelex.de/Stx_14_65-657_S01-004.pdf

und wenn ja, was sollte die Behörde als Basis für solche Grenzwerte ansetzen?

- Wie sollte die revidierte Regulierung Wasser-Ressourcen schützen? Die vorhandenen Richtlinien nehmen die Luft als Hauptexpositionspfad an und berücksichtigen das Grundwasser als gegenwärtige oder künftige Quelle von Trinkwasser nicht. Allerdings bieten die Richtlinien der EPA für Trinkwasser einen größeren Schutz als alle anderen Strahlenschutzrichtlinien in den USA und könnten im Zuge einer Neuordnung der Strahlenschutzrichtlinien auch verändert werden.

- Sollten sich die revidierten Strahlenschutzrichtlinien mit der Lagerung hochradioaktiven abgebrannten Kernbrennstoffs und anderen hochradioaktiven Mülls befassen, und wenn ja wie?

- Welche neuen Techniken und Verfahrensweisen wurden seit dem Erlaß dieser Richtlinien entwickelt oder können sich noch entwickeln, und wie könnte die revidierte Richtlinie diese Fortschritte und Veränderungen aufnehmen?

Olson merkt an, daß die EPA-Richtlinien zwar in Kraft seien, ihre Durchsetzung aber der Atomaufsicht (Nuclear Regulatory Commission; NRC) obliege. Deren Standards seien jedoch ganz andere als die Grenzwerte der EPA und erlaubten in den meisten Fällen höhere Freisetzungen. Die Atomaufsicht nimmt an, daß auch die stärker an Schutz orientierten Werte der EPA eingehalten werden, wenn ihre eigenen eingehalten werden. Bisher stehe der Nachweis aus, daß die Regulierungen auch durchgesetzt würden.

In ihrer Vorankündigung spricht die EPA Olson zufolge auch offen an, daß der Strahlenschutz der Bevölkerung nur der eine Teil ihres Regulierungsauftrags ist. Der andere besteht in der „sorgfältigen Abwägung“ der Kosten und des Nutzens von möglichen

Maßnahmen zur Reduzierung oder Eliminierung radioaktiver Freisetzungen. „Kosteneffektive Minimierung von Gesundheitsrisiken“ nennt die EPA das berühmte ALARA-Prinzip. Man könnte es mit Mary Olson auch so formulieren: „Es ist der Atomindustrie erlaubt, eine gewisse Anzahl von uns zu töten, und sie braucht sich auch nicht in große Unkosten zu stürzen, um diese Anzahl zu vermindern.“

Quelle: WISE Nuclear Monitor No. 786 vom 16. Mai 2014
www.nirs.org/radiation/radstds/radstdshome.htm
www.epa.gov/radiation/laws/190/
 für Kommentierungen:
www.regulations.gov/#!documentDetail;D=EPA_FRDOC_0001-15207

Folgen von Fukushima

Streit um Nasenbluten in Japan

Nach Auffassung japanischer Behörden hat nichts, was an gesundheitlichen Beschwerden und an Krankheiten in Japan beobachtet wird, mit der Reaktorkatastrophe von Fukushima Dai'ichi zu tun – nicht die exorbitant angestiegene Zahl von Schilddrüsenkrebs und anderen Fehlfunktionen der Schilddrüse bei Kindern, nicht der Anstieg von Herz-Kreislaufkrankungen und nicht die vielen „plötzlichen“ Todesfälle bei relativ jungen Menschen.

Jetzt also das Nasenbluten. Aus der ersten Zeit nach dem Reaktorunfall gibt es zahlreiche Berichte, daß Menschen in den verstrahlten Gebieten auch unter heftigem Nasenbluten litten, vor allem Kinder. Besorgte Kinderärzte nahmen vorsorglich Blutproben. Es ist von hier aus nicht zu beurteilen, ob das Phänomen systematisch untersucht wurde. Jetzt aber machte das Nasenbluten Schlagzeilen, weil

es in einem vielgelesenen Comic auftauchte. Die Behörden reagierten mit Verleugnung – „so etwas gab es nicht“ – und mit politischem und juristischem Druck auf den Verleger des Comics.

„Was in [dem Comic] beschrieben ist, ist die Wahrheit“, stellt der Lungenfacharzt und Umweltmediziner MATSUI Eisuke in einem Artikel für die Wochenzeitung Shūkan Kin'yōbi fest. Matsui engagiert sich unter anderem für die evakuierte Gemeinde Futaba-machi und ist in den verstrahlten Gebieten ein gefragter Gesundheitsaufklärer und -berater. Die Gemeinde Futaba-machi hatte eine Gruppe von Medizinern und Epidemiologen beauftragt, eine Übersicht über die gesundheitlichen Auffälligkeiten bei ihren evakuierten Bürgern zu erstellen. Dazu zählte neben erkältungs- und grippeartigen Symptomen und körperlicher Abgeschlagenheit auch das Nasenbluten. Der frühere Bürgermeister von Futaba-machi IDOGAWA Katsutaka soll ein Bild seines Nasenblutens ins Internet gestellt haben.

Wie Dr. Matsui berichtet, stellten sich die Strahlenschutzexperten Dr. NOGUCHI Kuni-kazu und Dr. ANZAI Ikuro in der Tageszeitung Mainichi Shimbun vom 29. April 2014 auf den Standpunkt, es gebe keinen ursächlichen Zusammenhang zwischen diesen Symptomen und Strahlenexposition, sie seien wahrscheinlich durch mentalen Stress hervorgerufen. Nur akute Bestrahlung mit einer Dosis über 1 Sievert könne Symptome wie Nasenbluten hervorrufen. Diese falsche Sicht werde von vielen praktischen Ärzten geteilt, bedauert Matsui. Tatsächlich induziere akute Bestrahlung über ein Sievert einen Mangel an Thrombozyten (Blutplättchen) und damit systemische kapillare Blutungen. Inkorporierte Niedrigdosisstrahlung wirke auf die Körperzellen, ihre Regeneration und ihre Kommunikation,

produziere toxische Substanzen und schädige so auch die Blutgefäße.

Dr. Matsui fordert seine ärztlichen Kollegen auf, ein besseres Verständnis für die gesundheitlichen Folgen von Niedrigdosisstrahlung, insbesondere innere Strahlenbelastung, zu entwickeln und die Einschätzung der subjektiven Symptome, die aus der betroffenen Bevölkerung berichtet werden, darauf zu stützen. „Es ist sehr wichtig“, so Matsui weiter, „wie wir Ärzte auf die Beschwerden der Betroffenen reagieren. Wenn wir sie abschätzig behandeln, werden ihre Ängste und ihr Stress nur größer.“

Die havarierten Reaktoren emittieren weiterhin große Mengen an Radioaktivität in die Umgebung. Sogenannte ‚Hot Spots‘ gibt es in den Regionen Tōhoku (Nordosten) und Kantō (Tokio und seine weitere Umgebung). Durch ihre Politik des Verteilens von radioaktivem Schutt, der durch Erdbeben und Tsunami und den folgenden Fall-out aus den havarierten Reaktoren entstand, trägt die japanische Regierung dazu bei, auch relativ unbelastet gebliebene Regionen radioaktiv zu kontaminieren. Dr. Matsui erfuhr von einer Bürgergruppe in Osaka (Region Kansai), die eine kleine Gesundheitserhebung durchgeführt hatte, nachdem in ihrer Umgebung radioaktiv belasteter Schutt in einer Müllverbrennungsanlage ‚entsorgt‘ worden war.

An der Erhebung beteiligten sich 797 Personen. Sie berichteten über insgesamt 1.826 Symptome, viele waren also zwei- oder mehrfach betroffen. Husten mit Auswurf wurde 585mal angegeben, 285mal wurde über Schmerzen in der Nase oder Ausfluß geklagt, davon 97mal über Nasenbluten. Schmerzende oder juckende Augen wurden 272mal angegeben und Kopfschmerzen 135mal. Jeweils unter 100mal litten die Menschen